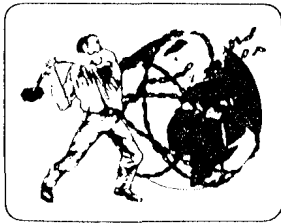


GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Februar 1988

KANN EINE "VERSTAÄTLICHUNG" DIE KRISE IN DER STAHLINDUSTRIE UND ANDERSWO LÖSEN?

Dieser Staat ist nicht unser Staat!

Die Arbeiter der Stahlindustrie kämpfen mutig mit Streiks, Demonstrationen und Blockaden um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze, im Augenblick vor allem bei Krupp in Rheinhausen und in der Maxhütte in der Oberpfalz, so wie schon zuvor die Belegschaften von Hattingen, der Bremer Werften, der Betriebe im Saarland usw.

Klar dabei ist: Dieser Kampf ist richtig und notwendig, denn wenn nicht gekämpft wird, bekommen die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht viel mehr als Almosen. Sie werden auf die Straße gesetzt, ohne daß die Kapitalisten auch nur mit der Wimper zucken.

Bei diesem gerechten Kampf für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze stellen sich immer wieder alle möglichen berufsmäßigen Abwiegler vor die Arbeiterinnen und Arbeiter hin und zaubern allerlei "Pläne", "Alternativen", "Lösungen" hervor, um falsche Hoffnungen zu wecken und den Kampf in falsche Bahnen zu lenken.

Eine dieser angepriesenen "Lösungen" ist die "Verstaatlichung", die immer öfter als angebliches Heilmittel gegen Entlassungen verkauft wird. So wird z.B. auf die Verfassung von Nordrhein-Westfalen verwiesen, in der eine solche Möglichkeit vorgesehen sei, und darauf, daß der Staat doch ein Staat sei, der "für seine Bürger sorgen" müsse. Das "private Kapital" sei skrupellos und müßte auf niemanden Rücksicht nehmen, der Staat jedoch wäre "sozial", ein "Rechtsstaat" usw. Auch die IG Metall fordert ähnliches seit 1985 z.B. in ihrem "Stahlpolitischen Programm". Dort ist zwar die Rede von einer "Vergesellschaftung", die, schaut man sich die Sache aber genauer an, auf nichts anderes hinausläuft als auf eine "Verstaatlichung". Wie Janßen und Mattfeld im 51 ihres jüngsten Initiativpapiers zur "Vergesellschaftung der Stahlindustrie" geschrieben haben, soll die "eisen- und stahlerzeugende Industrie in NRW...in das Eigentum des Landes Nordrhein-Westfalen (Gemeineigentum) übergeführt" werden.

Eins kann nicht völlig ausgeschlossen werden, wenngleich es im Moment nicht danach aussieht: Unter dem zunehmenden Druck der Arbeiterinnen und Arbeiter, die von Massenentlassungen bedroht sind, könnte das Monopolkapital diese oder jene staatliche oder halbstaatliche Lösung ernsthaft in Erwägung ziehen, um den Kampf möglichst zum Stillstand zu bringen.

Wenn durch eine solche Maßnahme etwa in Rheinhausen für einige Zeit die Arbeitsplätze erhalten, die Lebenslage der von Massenentlassungen Bedrohten nicht verschlechtert, sondern sogar kurzfristig verbessert werden sollte, wäre dies natürlich ein gewisser, zeitweiliger Erfolg, so wie es auch ein gewisser Erfolg wäre, wenn ein anderer Großkonzern sich zu einer Übernahme; durch die die Arbeitsplätze

erhalten würden, entschlösse.

Viel wahrscheinlicher ist allerdings - und das entspricht auch allen Erfahrungen -, daß nach einer Verstaatlichung die neuen Chefs ebenfalls Entlassungen durchführen.

Vielleicht am bekanntesten sind die Erfahrungen mit der Bergbauindustrie in Großbritannien und der VOEST in Österreich und auch hier in Westdeutschland mit den durchgeführten und geplanten Massenentlassungen bei der Bundesbahn. Die dortigen Verstaatlichungen, bzw. das Staatseigentum haben beileibe nicht dazu beigetragen, daß die Arbeiter mehr Sicherheit in Hinblick auf ihre Arbeitsplätze und bessere Arbeitsbedingungen hätten. Ganz im Gegenteil. Massenentlassungen, Lohndrückerei und Antreiberei wurden immer massiver. Hierbei wurden zudem andere Teile der werktätigen Bevölkerung damit aufgehetzt, daß angeblich der Steuerzahler für die verstaatlichten Betriebe Geld berappen müßte, daß in diesen verstaatlichten Betrieben die Schmarotzer säßen, die jetzt endlich einmal auf Vordermann gebracht werden müßten usw. usw.

ILLUSIONEN WERDEN GESCHÜRT

Wenn wir heute der Propaganda für eine wie auch immer geartete Verstaatlichung entgegen treten, dann gerade wegen der gefährlichen Illusion, die die verschiedenen Verfechter der "Verstaatlichung" mit dieser Forderung schüren wollen. Es sollen nämlich die Illusionen geweckt werden,

- * als ob so die Wirtschaftskrise beseitigt werden könnte;
- * als ob etwas am kapitalistischen Profitsystem geändert werden könnte;
- * als ob dieser Staat ein Staat im Interesse der Mehrheit der Werktätigen sei;

"Das ist ja gerade der wunde Punkt, daß, solange die BESITZENDEN KLASSEN AM RUDER bleiben, jede VERSTAÄTLICHUNG nicht eine Abschaffung, sondern nur eine FORMVERÄNDERUNG DER AUSBEUTUNG ist."

(Engels an Max Oppenheim, 24.3.1891, Marx-Engels-Werke Bd.38, S. 64.)

- * als ob friedlich auf dem Weg der Reform der Charakter dieses Staates als Werkzeug des westdeutschen Imperialismus geändert werden könnte.

Darin liegt die hauptsächliche Gefahr bei dem ganzen Getöse über die Verstaatlichung.

- * Egal, ob Betriebe verstaatlicht oder sogenannte "private" Betriebe sind, am Wesen der Sache ändert sich nichts, denn in dieser Gesellschaftsordnung herrscht das Finanzkapital, regieren die Prinzipien des Kapitalismus, des Profits, der Ausbeutung. Hier wird nach sogenannten "betriebswirtschaftlichen" Gesichtspunkten verfahren, was im Kapitalismus bedeutet: Massenentlassungen, Vernichtung von Arbeitsplätzen, Rationalisierung, Intensivierung der Arbeit, verstärkte Ausbeutung, weil es den Interessen der Profitmaximierung dient.

Wer für eine Verstaatlichung eintritt, muß sich eine entscheidende Frage gefallen lassen: Welchen Charakter hat der heutige Staat in Westdeutschland, was ist seine eigentliche Aufgabe und wessen Werkzeug ist er? Das klarzustellen ist nicht nur für die Beurteilung der Forderung nach Verstaatlichung, sondern überhaupt für den Kampf der Arbeiterklasse eine zentrale Frage. Ist dieser Staat "unser" Staat oder können wir ihn nicht zumindest dahin verwandeln?

IM KAPITALISTISCHEN SYSTEM HERRSCHT DIE DIKTATUR DER BOURGEOISIE

Das kapitalistische System ist nicht nur ein wirtschaftliches System, in dem die Arbeiter gezwungen werden, ihre Arbeitskraft als Ware an die Besitzer der Fabriken zu verkaufen und sich damit ausbeuten zu lassen. Es ist nicht nur ein System, in dem nach dem Prinzip des Profits die arbeitenden Massen ausgebeutet und auf die Straße geworfen werden,

- * Nein, untrennbar zu diesem Wirtschaftssystem gehört auch, daß - trotz aller Phrasen von parlamentarischer Demokratie - dieser Staat der Staat der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, in erster Linie des Monopolkapitals, ist und als Werkzeug vor allem zur Unterdrückung der werktätigen Massen, aber auch des Betrugs bereitsteht. Dieser Staat ist die Diktatur der Bourgeoisie, wo es in allen entscheidenden Fragen für die Arbeiterinnen und Arbeiter keine Demokratie gibt, schon gar nicht hinter dem Fabrikator.

Die Lüge, daß "dieser Staat unser Staat" sei, wird in zugespitzten Situationen leichter zu

DAS MÄRCHEN VON DER "VERGESELLSCHAFTUNG" IM KAPITALISMUS

Es gibt auch Stimmen, die sich gegen eine Verstaatlichung wenden, einer "Vergesellschaftung" des Wort reden und großen Wert darauf legen, das eine von dem anderen zu unterscheiden. Verstaatlichung bedeute, so etwa Teile der GRÜNEN usw., daß die Betriebe in die Hände des Staates gelegt werden, darüber hätte man doch gar keine Illusionen. Vergesellschaftung hingegen bedeute, daß die Industrie in die Hände der Arbeiter gelegt werde, und das sei die einzige Rettung. (Im Grunde meinen sie damit die Bildung von Arbeitergenossenschaften).

Selbst wenn ein bestimmter Betrieb unter Leitung der dort beschäftigten Arbeiter geführt würde, so kann er ebensowenig wie bei der Verstaatlichung aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung "herausgehoben", sondern ist ihren Gesetzen untergeordnet. Und wenn dieser Betrieb nicht profitabel arbeitet, nicht konkurrenzfähig ist, wird er eingehen, bzw. werden Entlassungen, Rationalisierungen usw. über kurz oder lang vorgenommen werden müssen. Und der Kampf gegen eine solche Verschlechterung der Lebenslage wird dann auch noch häufig genug gebremst mit dem Hinweis: "Dann kämpft Ihr gegen Euren Betrieb!"

Also selbst wenn die Arbeiter in einem derart "vergesellschafteten Betrieb" anderen Interessen als dem Profitinteresse verpflichtet sein wollen, werden sie das auf Dauer nicht durchhalten können, solange das System des Kapitalismus existiert.

entlarven sein: Der Staat, das ist vor allem die Armee, die Polizei, die Gefängnisse, die Justiz. Wenn die Lage zugespitzt und bedrohlich wird: Auf welcher Seite werden wohl die GSG 9, der Bundesgrenzschutz, die Masse der Polizei und der Bundeswehr stehen? Auf der Seite der Kapitalisten gegen die Arbeiter oder auf der Seite der Arbeiter gegen die Kapitalisten? Es genügt, diese Frage aufzuwerfen und zu durchdenken, um die klare, durch die ganze Geschichte der Kämpfe der Arbeiterklasse aller Länder bestätigte Antwort zu erhalten: auf der Seite des Kapitals!

Ein Einwand liegt in der Luft: Der Staat, das ist doch vor allem das durch "freie Wahlen" entstandene demokratische Parlament und die Regierung. Doch das ist nur der Schein, und der Schein trügt und betrügt. Einmal angenommen, eine Mehrheit im Parlament würde wirklich einmal Anstalten machen, gegen das Kapital vorzugehen, einmal angenommen, es bestünde die Gefahr, daß die mit riesigen Summen bezahlten bürgerlichen Politiker keinen Fuß mehr auf den Boden bekämen - das letzte Stündlein des "Hohen Hauses" hätte geschlagen. So lange würde das Kapital noch nicht einmal warten. Die Arbeiterbewegung in Deutschland hat hier eine wichtige, harte Erfahrung mit dem Nazi-Regime gemacht, als Krupp, Thyssen, Flick, das deutsche Monopolkapital sich durch die anwachsende kommunistisch orientierte Arbeiterbewegung gefährdet sahen und der Nazi-Partei die Regierung übertrugen. Oder denken wir an den Militärputsch in Chile. Diese und andere Erfahrungen zeigen:

WENN SICH DIE IMPERIALISTEN BEDROHT SEHEN, REGIEREN UNVERHÜLLT UND OFFEN DIE GEWEHRE UND PANZER, DAS MILITÄR

In Wahrheit haben die Arbeiter und Arbeiterinnen in diesem kapitalistischen Staat und in diesem Wirtschaftssystem nichts zu bestimmen. Durch ihren gerechten Kampf können sie nur die Abwärtsbewegung ihrer Lebenslage verlangsamen und nichts wirklich grundlegend ändern, - es sei denn, sie führen den Kampf zum Sturz dieses Systems und zur Zerschlagung seines Staates.

Genauso wie ein einzelner Betrieb nicht aus dem Wirtschaftssystem des Kapitalismus ausbrechen kann, genauso wenig kann dieser Staat stückchenweise geändert werden, so daß plötz-

EINE BERECHTIGTE KRITIK

Die in dem folgenden Leserbrief vorgebrachte Kritik ist richtig, und wir haben daher auch in unserer 2. Ausgabe des Flugblatts "Der Kapitalismus muß gestürzt werden!" die entsprechende Stelle geändert. In dem Leserbrief heißt es:

Liebe Freunde!

Insgesamt hat mir Euer Flugblatt "Der Kapitalismus muß gestürzt werden!" nicht schlecht gefallen. Allerdings bin ich über eine Stelle gestolpert, die ich kritisiere. Auf der S.2 in der mittleren Spalte unten heißt es: "Kampf um den Sturz des Kapitalismus und die politische Macht im Staat".

Es darf meiner Meinung nach nicht so herauskommen, daß in diesem Staat die politische Macht erobert werden mußte. Das halte ich für falsch. Der Kapitalismus kann doch gar nicht wirklich gestürzt werden, solange dieser Staat bestehen bleibt. Denn er schützt doch mit seinem ganzen Apparat, mit Militär und Polizei bis hin zu Gerichten und Verwaltungen die westdeutsche Kapitalistenklasse. Soll also diese Kapitalistenklasse enteignet werden, so muß ja wohl auch dieser ganze Apparat zerschlagen werden. Wenn sich die Arbeiterklasse zur Vorbereitung und Durchführung der Revolution zusammengeschlossen und organisiert hat, dann erkämpfen sie doch nicht nur die "politische Macht im Staat", sie müssen doch nach der Zerschlagung des kapitalistischen Staates einen ganz und gar neuen, proletarischen Staat aufbauen.

Mit revolutionären Grüßen! Ma.

15. 1.88

lich ein anderer, gar ein Staat der Werktätigen daraus werden könnte, wie die DKP das z.B. verbreitet.

Für den Kampf auf lange Sicht ist wesentlich zu erkennen: Das kapitalistische Wirtschaftssystem, das auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln beruht, hat sich tausendfach als völlig verfault erwiesen. Die Herrschaft des Kapitals mit seinem Drang nach weltweitem Profit und nach Weltherrschaft birgt zudem die Gefahr von Raubkriegen in sich wie die Wolke den Regen. Daher darf das Eigentum an den Produktionsmitteln nicht länger in der Hand einer Minderheit, der Ausbeutern liegen. Vielmehr muß das Monopolkapital enteignet werden, müssen die Produktionsmittel in die Hand der arbeitenden Bevölkerung gelegt, muß das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln verwirklicht werden.

- *Voraussetzung dafür ist aber, daß das ganze
- *alte Gebäude des Staates als Machtinstrument des Kapitals völlig von oben bis unten
- *zerschlagen und die Diktatur des Proletariats errichtet wird.
- *

KEINE FREIHEIT FÜR DIE KRUPPS, ABS, THYSSENS UND IHRE ANHÄNGER

Im Kampf mit den Mächten des Kapitals wird die Arbeiterbewegung auf den Trümmern des alten Ausbeuterstaates einen anderen, neuen Staat errichten. Dieser Staat wird die heuchlerische bürgerliche Demokratie von heute durch eine völlig andere, die sozialistische Demokratie der breiten werktätigen Massen ersetzen.

Dieser Staat wird nur einer Minderheit gegenüber diktatorisch vorgehen: dem Kapital, den Reaktionären, den Feinden der Arbeiterbewegung gegenüber. Für Krupp, Abs, Thyssen - und wie sie auch immer heißen mögen - und ihre Anhänger wird es keine Freiheit geben, wenn die Masse der Werktätigen ihren Staat in einem sozialistischen Wirtschaftssystem aufbaut: einen Staat der sozialistischen Demokratie, in dem nicht nur Vertreter gewählt, sondern auch rechenschaftspflichtig sind und jederzeit abgewählt werden können; einen Staat, in dem die gewählten Vertreter nur Facharbeiterlohn erhalten und ständig kontrolliert werden, damit sie nicht aus Dienern der arbeitenden Massen zu ihren neuen Herren emporwachsen können.

WAS WILL DIE DKP?

Die DKP fordert wie schon früher so auch jetzt in den aktuellen Kämpfen die "Verstaatlichung". Sie redet von "antimonopolistischer Demokratie", möchte die "Konzerne an den Kragen packen" usw.

Gleichzeitig wird sie nicht müde, ihre Staatstreue zu beteuern. Sie verteidigt bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit das Grundgesetz und wird meist erst richtig kämpferisch, wenn sie versucht, die Arbeiter gegen "Chaoten" aufzuhetzen oder wenn sie ausfallend wird gegen wirklich revolutionäre Kräfte, die die verlogene Propaganda der DKP aufs Korn nehmen.

Wer hier in Westdeutschland die Verstaatlichung als "Weg zum Sozialismus" preist, gleichzeitig aber immer wieder den reaktionären Charakter des westdeutschen Staates vertuscht, wer sogar wie die DKP ausdrücklich als Grundlage seiner Organisation das Bekenntnis zum Grundgesetz, also der Plattform dieses Kapitalistenstaates, festschreibt, der hat mit dem Kommunismus nichts im Sinn, der will nur Illusionen über diesen Ausbeuterstaat schaffen.

Wer gleichzeitig keine Gelegenheit verpaßt, Staaten wie die DDR, Polen, die Sowjetunion, sogar Afghanistan als Vorbild zu preisen und zu behaupten wagt, in diesen Staaten wären die Fabriken angeblich in den Händen der Arbeiterklasse, der will mit Lügen über die wahren Verhältnisse hinwegreden, der propagiert zugleich ein gefährliches Zerrbild des "Sozialismus".

Schon längst werden diese angeblich sozialistischen Staaten von einer neuen Ausbeuterklasse beherrscht und kontrolliert, die auch in den Staatsbetrieben das Kommando ausübt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben weder in den Fabriken etwas zu bestimmen, noch dürfen sie die Politik des Staates auch nur kritisieren, geschweige denn festlegen und kontrollieren. Auch in diesen Ländern herrscht - so wie hier - eine Minderheit über die große Mehrheit, die ausgebeutet und unterdrückt wird. Das ist alles andere als eine "Arbeitermacht", als eine "Diktatur des Proletariats"! Und Politikern wie Gorbatschow liegt auch nichts ferner, als daran etwas zu ändern. Alles was er will, ist eine größere Angleichung an die Verhältnisse in den Ländern des Imperialismus, was er dann auch noch mit großem Rummel als "Demokratisierung" verkauft.

Das war in der DDR und in der Sowjetunion nicht immer so. Aber alle hämischen und enttäuschten Hinweise des "Scheiterns" und des "Mißerfolges des Sozialismus" mit Blick auf die DDR, Polen, Sowjetunion usw. sind kein Beweis dafür, daß die Theorie von Marx, Engels, Lenin und Stalin angeblich gescheitert sei. Ganz im Gegenteil können uns die Erfahrungen dieser Länder zeigen, daß die revolutionären Lehren des Weltproletariats in diesen Ländern verraten wurden und daß dieser Verrat erst zum Scheitern führte.

Das ist keine erfreuliche Perspektive für das Kapital. Es wird freiwillig keinen Millimeter zurückgehen. Die Kämpfe mit einer solchen Zielsetzung werden sich zuspitzen bis zur bewaffneten Revolution der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gegen die Bürgerkriegstruppen des Kapitals.

Es gilt, einem solchen Kampf nicht auszuweichen, sondern ihn vorzubereiten, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten mit wissenschaftlichen Argumenten von der Notwendigkeit dieses Kampfes zu überzeugen und sie für einen solchen Kampf und die Perspektive der Diktatur des Proletariats, der sozialistischen Demokratie, des Sozialismus und Kommunismus zu gewinnen.

All dies ist ohne eine auf wissenschaftlichem Fundament gegründete, fest mit den Arbeiterinnen und Arbeitern verbundene Partei, eine kommunistische Partei, nicht möglich. In enger Verbindung mit den Kämpfen der arbeitenden Massen selbst muß eine solche Partei, die den Marxismus-Leninismus zur Richtschnur nimmt, planmäßig aufgebaut werden.

Flugblatt Nr. 1, Januar 1988:

Für das Kapital und seine Politiker zählt nur Profit, Profit und nochmals Profit

DER KAPITALISMUS MUSS GESTÜRZT WERDEN!

Zu bestellen bei:

BUCHLADEN GEORGI DIMITROFF,
KOBLENZERSTR.4, 6 FRANKFURT